

RENTEN

Selten intelligent

Die Rentenreform trifft die Versicherten härter, als Arbeitsminister Blüm zugeben will – und die drängendsten Probleme bleiben bestehen.

Winfried Schmähl gilt als besonnener Fachmann. Seit elf Jahren ist der Ökonomieprofessor aus Bremen Vorsitzender des Sozialbeirats der Bundesregierung. Zuletzt hat Schmähl, 54, monatelang in der Rentenkommission von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm mitgearbeitet. Seine Ratschläge erteilt der Experte stets mit vornehmer Zurückhaltung.

Doch was die Bonner Koalitionsparteien am vorvergangenen Wochenende zur Rentenreform vereinbarten, hat Schmähl schockiert: „Das wird das Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung schwer erschüttern“, prophezeit er. Der „Willkür des Gesetzgebers“ werde „Tür und Tor geöffnet“.

Union und FDP haben verabredet, das Rentenniveau in den kommenden Jahren von 70 auf 64 Prozent der Nettolöhne zu senken. Die Rentenversicherung erhält einen 15-Milliarden-Mark-Zuschuß aus Steuermitteln, außerdem wird bei den Renten für Erwerbs- und Berufsunfähige kräftig gekürzt.

Ein großer Wurf ist das nicht: Künftige Rentner müssen sich auf geringere Einkommen und größere Unsicherheiten einstellen. Zudem wird das Rentensystem nicht für moderne Modelle wie Teilzeitarbeit präpariert, und Probleme wie die Witwenversorgung werden ausgeklammert. Der Kompromiß dürfte also nur von begrenzter Dauer sein: „In spätestens zwei Jahren treffen wir uns wieder“, spottete Gesundheitsminister Horst Seehofer (CSU).

Blüm-Berater Schmähl kritisiert vor allem, daß die Folgen der Reform weithin unterschätzt würden – die Diskussion über ein Rentenniveau von 64 Prozent gehe an der Realität vorbei.

„Das erreicht nur ein kleiner Teil der Rentner“, warnt der Wissenschaftler. Tatsächlich erreichen diese Marke nur jene, die 45 Jahre lang Beiträge eingezahlt haben – und das sind noch nicht einmal 50 Prozent der Männer und 5 Prozent der Frauen.

Schmähl hat nachgerechnet, wie dicht die künftigen

Renten an der gesetzlich definierten Armutsgrenze liegen: Wer nach 40 Jahren Arbeit in den Ruhestand gehe, werde nach dem Koalitionskonzept gerade mal 46 Prozent des Nettolohnniveaus erreichen. Der Sozialhilfesatz liegt bei etwa 40 Prozent.

Schon heute ist der Abstand zur Armutsgrenze oft gering. Wer derzeit beispielsweise zwei Drittel des Durchschnittseinkommens von monatlich 4259 Mark verdient, muß 40 Jahre lang Beiträge zahlen, um am Ende eine Rente auf Sozialhilfeniveau zu kassieren. Schmähls Bilanz: „Es gibt keinen Spielraum für eine Senkung des Rentenniveaus.“

Doch immer mehr Menschen werden in Zukunft Teilzeitjobs annehmen, sie werden arbeitslos werden, sich phasenweise selbständig machen oder aus anderen Gründen nicht ununterbrochen Beiträge einzahlen. Und um so höher wird die Zahl der Rentner sein, die nur winzige Beträge aus der Versicherung bekommen. Schon heute liegt die durchschnittliche Altersrente für westdeutsche Frauen bei nur 781 Mark.

Die Härten der Reform bestreiten auch die Koalitionäre nicht. Allerdings reden nur die Liberalen offen über die Folgen der Beschlüsse: „Es ist gar nicht nötig, daß



Rentenpolitiker Blüm
Folgen der Reform unterschätzt



Alptraum eines Rentners

KÖLNER STADT-ANZEIGER

die Politik den Systemwechsel vorbereitet – das kommt jetzt ganz von selbst“, sagt Paul Friedhoff, wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Bundestag. „Die Jüngeren sind durch die Diskussion so beunruhigt, daß sie sich längst nach privater Vorsorge umsehen.“

Die Verunsicherung ist groß, weil heute im Grunde niemand mehr weiß, wer wann wieviel Geld aus der Rentenversicherung erhält. So soll die Rentenhöhe nicht allein von der Entwicklung der Nettolöhne, sondern auch vom Anstieg der Lebenserwartung abhängig gemacht werden – „eine der ganz seltenen intelligenten Lösungen, die der Politik eingefallen sind“, findet zwar Blüms

Kabinettskollege Seehofer. FDP und Union gaben aber in der vergangenen Woche völlig unterschiedliche Prognosen für die Rentenentwicklung ab: Die Liberalen rechnen mit einem Rentenniveau von 64 Prozent bereits im Jahre 2015, die Union erst 15 Jahre später.

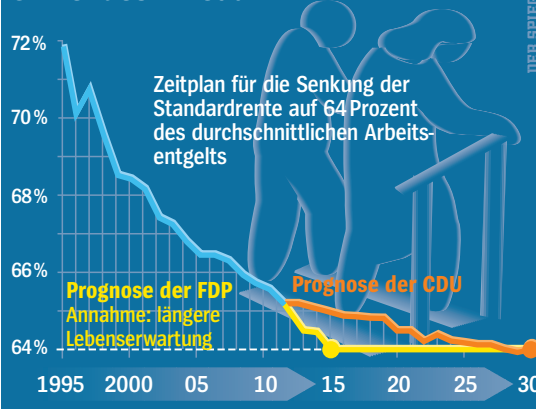
Spätestens damit sieht sich Kurt Biedenkopf (CDU) bestätigt. Sachsens Ministerpräsident kritisiert seit langem Blüms Rentenpolitik. Stets habe der Arbeitsminister betont, daß die Beitragsrente der Lohnentwicklung mit der Sicherheit eines Uhrwerks folge. Dieses Argument zähle jetzt nicht mehr: „Nach der neuen Formel kann doch niemand mehr planen.“

Die von Biedenkopf als Gegenmodell vorgeschlagene steuerfinanzierte Grundrente wäre freilich mindestens ebenso anfällig für spontane Eingriffe der Politik. Je nach Konjunktur und Kassenlage könnte die Grundrente manipuliert werden, nach unten oder oben.

Derzeit findet Biedenkopfs Gegenmodell unerwartete Zustimmung. SPD-Politiker wie die schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Heide Simonis, ihr Kollege Gerhard Schröder aus Niedersachsen und sogar Walter Riester, Vize-Chef der IG Metall, finden Gefallen an dem Konzept.

Riesters Stimmungswandel ist besonders erstaunlich. Gerade die Gewerkschaften

Sinkendes Niveau



favorisieren eigentlich die klassischen Sozialsysteme. Gemeinsam mit den Arbeitgebern sitzen sie in den Aufsichtsgremien der Kranken- und Rentenkassen, ein Wechsel zu steuerfinanzierten Systemen würde ihren Einfluß schwächen. Doch die Gewerkschafter beobachten, daß im Ausland immer dort besonders viele neue Jobs entstehen, wo flexiblere Arbeitsformen existieren.

Blüms renoviertes Rentenmodell hingegen wird die Jobmisere kaum lindern – im Gegenteil. Frührentner müssen künftig Abschläge von bis zu 18 Prozent bei der Rente hinnehmen; damit wird es für viele at-

traktiver sein, lange im Job zu bleiben. Außerdem haben sich die Rentenpolitiker vorbehalten, mittelfristig die Lebensarbeitszeit auszudehnen – das wäre einerseits zwar gut für die Rentenkassen, aber andererseits schlecht für den Arbeitsmarkt.

Eine neue Zusatzbelastung droht der Rentenversicherung schon heute – durch die Steuerreform. Führt die nämlich wie versprochen zu einer spürbaren Entlastung der Arbeitnehmer, steigen deren Nettolöhne. Die Renten müßten angepaßt werden, die Rentenkassen mehr zahlen. Schmähl rechnet mit

einem Anstieg des Beitragssatzes um 0,3 Prozent.

Ob es so kommt, hängt von den Sozialdemokraten ab. Die Rentenreform würde die Bundesregierung – traditionsgemäß – am liebsten im Konsens mit der SPD beschließen, obwohl sie auf deren Zustimmung formal nicht angewiesen ist.

Kurt Beck, Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz, plädiert bereits für ein Entgegenkommen seiner Partei. Der Sozialdemokrat hält eine Senkung des Rentenniveaus immerhin „für zumutbar, wenn gleichzeitig andere Reformen angepackt werden“.

„Erben können mehr zahlen“

Interview mit dem Mainzer Ministerpräsidenten Kurt Beck über die Rentenreform

SPIEGEL: Herr Beck, die Bundesregierung will das Rentenniveau drastisch senken. Will die SPD darüber überhaupt verhandeln?

Beck: Bei einer Verringerung auf 64 Prozent des Nettolohns können wir nicht mitmachen. Da würde ein Großteil der Rentner kaum mehr als den Sozialhilfesatz bekommen. Ganz ohne Abstriche beim heutigen Rentenniveau wird es aber auf Dauer nicht gehen. Mittelfristig wird die staatliche Alterssicherung stärker durch private Vorsorge ergänzt werden müssen.

SPIEGEL: Sollen sich die Sozialdemokraten mit der Regierung auf ein leicht verringertes Rentenniveau einigen?

Beck: Ich halte das für zumutbar, wenn gleichzeitig andere Reformen angepackt werden. Am wichtigsten ist eine bessere Arbeitsmarktpolitik. Sobald es mehr Beschäftigte und damit mehr Beitragszahler gibt, lösen sich einige Probleme von selbst. Zusätzlich müssen

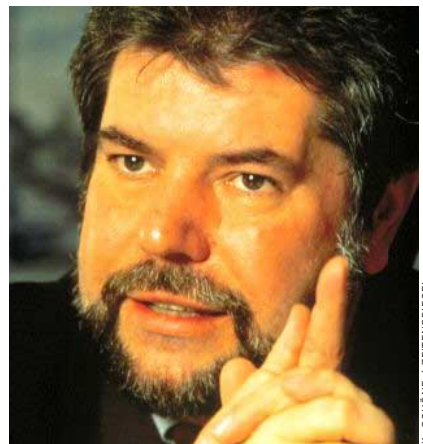
die Sozialkassen von versicherungsfremden Leistungen entlastet werden.

SPIEGEL: Reicht das, um den Kostenschub bei der Rentenversicherung zu bremsen?

Beck: Nein. Wenn nach der Jahrtausendwende die Zahl der Rentner pro Beitragszahler deutlich zunimmt, werden die Beitragssätze für eine gewisse Zeit wieder ansteigen.

SPIEGEL: Bei den Verhandlungen zur Steuerreform behauptet die SPD doch, sie wolle die Sozialabgaben senken.

Beck: Das wollen wir auch. Bei der Rente geht es aber um etwas anderes. Die Spitzenbelastungen kommen erst in der Zeit ab 2015, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen. Die höheren Beiträge treffen dann eine Erbgeneration, die ein insgesamt höheres Wohlstandsniveau genießen wird und der ein paar zusätzliche Lasten für die Alterssicherung zugemutet werden können.



Beck

SPIEGEL: Nicht alle der heute Jüngeren werden erben. Wie vermeiden Sie soziale Härten für Beitragszahler ohne reiche Verwandte?

Beck: Für die Zeit der stärksten Belastung der Rentenkassen müßte zusätzlich der Bundeszuschuß aufgestockt und durch eine höhere Erbschaftsteuer finanziert werden. Das wäre eine gerechte Lösung: Wer als Erbe von seiner Vorgänger-Generation besonders stark profitiert, kann auch ein paar Mark mehr für die Alterssicherung dieser Generation zahlen.